

RBB- Inforadio- Interview: "Bundesregierung nicht erpressbar"

RBB- Inforadio- Interview, 31.07.2007:

Die Bundesregierung ist nicht erpressbar - dieser Satz gilt seit 1977 - seit dem so genannten Deutschen Herbst - für jede Bundesregierung und für jede Geiselnahme. Gilt er noch?

Wenn in den vergangenen Jahren mit Terroristen verhandelt und womöglich sogar Lösegeld gezahlt wurde, dann ist das im Verborgenen geschehen. Doch längst kratzen Medien an diesem Tabu und berichten über "Deals" und angebliche Lösegeldzahlungen. Diese Vermutungen hat es bei der Entführung und Freilassung von René Bräunlich und Thomas Nitzke im Irak gegeben, aber auch vorher schon: 2003 z.B. als ausländische Motorradtouristen in Algerien entführt und nach monatelangen Verhandlungen wieder freikamen. Wie geht die Bundesregierung mit dem Dilemma um?

Die Bundesregierung kämpft intensiv um das Leben des deutschen Bauingenieurs, der sich weiter in afghanischer Geiselhaft befindet.

"Das ist die oberste Pflicht der Bundesregierung", sagte der außenpolitische Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen, am Dienstag im rbb- Inforadio.

"Es sind alle Mittel und Wege zu überlegen, die möglich sind, damit das Menschenleben gerettet werden kann." Geldzahlungen schloss Weisskirchen jedoch aus.

"Wir dürfen nicht erpressbar werden, denn wenn diese Schranke durchbrochen werden würde, dann würden wir Spielball werden von jedem, der irgendwo auf der Welt auf die Idee kommt, man kidnappt deutsche Staatsbürger und schon fließt Geld. Das kann nicht die Antwort der Bundesregierung sein, sondern sie muss geduldig versuchen, über Mittelsmänner und in diesem Fall mit der Regierung in Kabul in ständigem Kontakt zu sein, sie zu stärken, damit Deutsche gerettet werden."

Veröffentlicht am 31.07.2007